

Sozialleistungen für Flüchtlinge: Lindners Forderung spaltet die Politik

FDP-Chef Lindner fordert Null Euro Sozialleistungen für ausreisepflichtige Flüchtlinge. Debatte nach Solingen-Attentat intensiviert sich.

Inmitten eines turbulenten politischen Klimas, das von einem verhängnisvollen Attentat in Solingen geprägt ist, erhebt sich die Stimme des FDP-Chefs und Bundesfinanzministers Christian Lindner. Seine jüngsten Forderungen zur Asylpolitik zielen darauf ab, ein strengeres Regime für ausreisepflichtige Flüchtlinge zu etablieren. Lindner will die Sozialleistungen für diese Gruppe stark einschränken, dabei spielt besonders die Dublin-Verordnung eine zentrale Rolle.

Das Dublin-System sieht vor, dass Asylverfahren dort stattfinden, wo die Flüchtlinge erstmals in die EU eingereist sind. Lindner äußerte bei einer Talkshow, dass er den Koalitionspartnern von SPD und Grünen nahelegen möchte, „bei denjenigen, die als Dublin-Flüchtlinge ausreisen müssen“, die finanziellen Hilfen auf „null Euro“ zu setzen. Dies bedeutet, dass ausreisepflichtige Flüchtlinge mit Ausnahme der Reisekosten in das zuständige Land keinerlei staatliche Unterstützung mehr erhalten sollten. Ein solches Vorgehen würde nach Lindners Meinung verhindern, dass Anreize geschaffen werden, die Menschen dazu verleiten, nach Deutschland zu kommen.

Politische Reaktionen und mögliche Folgen

Es scheint, als ob Lindner nicht allein mit diesen Ideen dasteht, denn die derzeitige Diskussion über die Asylpolitik ist von

hitzigen Debatten geprägt. Lindner argumentiert, dass man verhindern müsse, dass Menschen aus anderen EU-Ländern, wie etwa Bulgarien, „überhaupt nach Deutschland kommen wollen.“ Eine solche Strenge könnte jedoch weitreichende Auswirkungen auf die Asylbewerber haben, die sich in einer ohnehin verletzlichen Lage befinden.

Die Geflüchteten, die möglicherweise nicht einmal die Gelegenheit erhalten, ihren Fall weiterzubringen, könnten sich in einer rechtlichen Grauzone befinden. Rechtsexperten warnen davor, dass eine derartige Kürzung der Sozialleistungen nicht nur Menschen in Not trifft, sondern auch das Vertrauen in das deutsche ebenso wie das europäische Asylsystem erheblich untergraben könnte. Diese Politik könnte nicht nur für die Betroffenen dramatische Konsequenzen haben, sondern auch das gesamte soziale Gefüge belasten.

Parallele Ereignisse in Ludwigshafen

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)